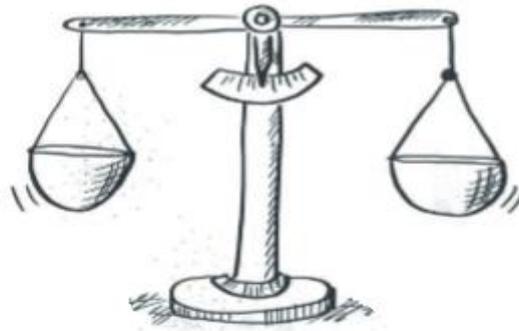




Diskussionspapier

SOZIALE GERECHTIGKEIT IM RESSOURCENSCHUTZ



Autor*innen: AG Soziale Gerechtigkeit des Netzwerk Ressourcenwende; u. A.: Julia Klein, Tom Kurz,
Benedikt Jacobs und Tabea Waltenberg

Ansprechpartner:

Benedikt Jacobs

Rohstoff- und Ressourcenpolitik

Netzwerk Ressourcenwende

www.ressourcenwende.net

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Fon: +49-30 27586-334

Mail: benedikt.jacobs@bund.net

September 2021

ressourcenwende

Disclaimer

Das vorliegende Diskussionspapier versucht, die Perspektiven der sozialen Gerechtigkeit und des Ressourcenschutzes wieder miteinander zu verbinden. Im Folgenden wird der Diskussionsstand der Gruppe abgebildet und anhand einiger aktueller Beispiele und Strategien schlaglichtartig aufgezeigt, wie soziale Gerechtigkeit und Ressourcenschutz zusammen vorangebracht werden können. Dabei erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Gleichzeitig wagen wir einen ehrlichen Blick darauf, was das für unsere Lebens- und Wirtschaftsweise bedeuten könnte. Ziel ist es, eine Debatte anzustoßen und mit verschiedenen Menschen und Akteur*innen in einen Austausch zu treten.

Im Text wird als Perspektive ein „Wir“ verwendet, das überwiegend die Gruppe der Autor*innen repräsentiert. Wir – das ist eine Arbeitsgruppe, bestehend aus ca. 10 Mitarbeitenden unterschiedlicher NGOs und Forschungsinstituten, die sich im Rahmen des Netzwerks Ressourcenwende mit dem Diskurs um Ressourcenschutz und Soziale Gerechtigkeit beschäftigt haben. Wir haben diesen Text als eine Gruppe von Menschen verfasst, die viele Privilegien einer akademisch gebildeten, westeuropäischen und weißen Gesellschaftsschicht des Globalen Nordens genießen. Wir gehören also an vielen Stellen nicht zu den Betroffenen der von uns beschriebenen sozialen Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Wir versuchen in diesem Text reflektiert mit diesen Privilegien umzugehen und sind uns der Tatsache bewusst, dass eine sozial-ökologische Ressourcenwende nur unter demokratischer Einbindung aller Teile der Weltgesellschaft möglich ist.

Inhalt

Disclaimer	1
1. Probleme des aktuellen Ressourcenverbrauchs	2
1.1. Historische Entwicklung und gegenwärtiges Ausmaß des ökologischen Problems	2
1.2. Die aktuelle Ressourcenkrise und ihre soziale Ungerechtigkeit	2
1.3. Warum bisherige Ansätze gescheitert sind	4
1.4. Was sich ändern muss	4
2. Ansatzpunkte	5
2.1. Umdenken: Wohlstand und die Auswirkungen eines Ressourcenbudgets	5
2.2. Suffizienzpolitik: Die bedarfsseitige Betrachtung	7
2.3. Demokratisierung und Vergesellschaftung.....	8
2.4. Ökologische Klassenpolitik als Ausweg aus der Krise	9
3. Positivbeispiele	10
3.1. Gemeinwohlorientierung: Commons, Kooperativen und solidarische Produktionsmodelle..	10
3.2. Doughnut Economics Action Lab (DEAL): Gerechtes Wirtschaften zum Leben erwecken	12
3.3. Mehrweg: Ressourcen schonen und sozial ausrichten.....	13
4. Fazit	14
Literaturverzeichnis	15

ressourcenwende

1. Probleme des aktuellen Ressourcenverbrauchs

1.1. Historische Entwicklung und gegenwärtiges Ausmaß des ökologischen Problems

Egal, ob etwas produziert, eine Dienstleistung erbracht oder Infrastrukturen und Kommunikationswege geschaffen und genutzt werden: Alle Dinge des täglichen Gebrauchs werden aus natürlichen Ressourcen erzeugt. Wenn hier von Ressourcen die Rede ist, sprechen wir von materiellen, energetischen und räumlichen Grundlagen, die auf unserem Planeten vorkommen und vom Menschen ge- oder verbraucht werden. Gemeint sind also nicht nur biotische (z. B. Biomasse) und abiotische Rohstoffe (fossile Energieträger und mineralische Rohstoffe), sondern auch Wasser, Boden, Luft, die biologische Vielfalt, Flächen und die Nutzung von strömenden Ressourcen wie Wind, Solarenergie oder auch die Gezeitenströme.

Seit der Industriellen Revolution sind die Auswirkungen unserer extraktiven Wirtschaftslogik drastisch gestiegen, weil die neue Nutzung fossiler Energieträger die Begrenzungen aufhob, die durch Sonne, Biomasse, Wind und Wasser als einzige Energiespender gegeben waren. Seitdem steigt der Ressourcenverbrauch kontinuierlich an. Im Zuge der „großen Beschleunigung“¹ im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat sich der Verbrauch stark erhöht, allein von 1970 bis heute stieg er um das Vierfache². Die zeitliche Verschiebung des Erdüberlastungstags verdeutlicht dies anschaulich³: 2019 fiel der Tag, an dem Deutschland seine Ressourcen für das Jahr verbraucht hatte, auf den 3. Mai, weltweit hingegen auf den 29. Juli⁴. Dass ein Ressourcenverbrauch in diesem Maße nicht zukunftsfähig sein kann, ist spätestens seit dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome (1972) – also seit 50 Jahren – bekannt. Mehr als 90 Prozent des Biodiversitätsverlustes sind auf die Gewinnung und Verarbeitung von Materialien, Brennstoffen und Lebensmitteln zurückzuführen⁵. Gleichzeitig sind diese Prozesse maßgeblich für die Entstehung von Treibhausgasemissionen verantwortlich. Kurz: Die Ressourcenkrise ist der entscheidende Grund für die Klimakrise und das Artensterben. Die Frage muss also lauten: Wie lösen wir die Ressourcenkrise?

1.2. Die aktuelle Ressourcenkrise und ihre soziale Ungerechtigkeit

Zwischen Globalem Süden und Norden wie auch innerhalb von Gesellschaften ist der materielle Wohlstand extrem ungleich verteilt und kommt ärmeren und weniger privilegierten Bevölkerungsteilen nur sehr zeitverzögert zugute. Aktuell besitzen gerade einmal ein Prozent der Menschheit 45,9 Prozent des globalen Vermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung nicht einmal ein Prozent besitzt⁶. Materieller Wohlstand ist dabei nicht mit Wohlergehen gleichzusetzen, denn auch im Globalen Norden gibt es ein wachsendes Prekariat, steigende psychische Belastung, die Zunahme von „Bullshit-Jobs“, zunehmende Vereinzelung und immer weniger Teilhabe. Weltweit steigt die Zahl der Menschen, die an

¹ Die als „Große Beschleunigung“ bezeichnete Entwicklung stellt 12 sozio-ökonomischen Megatrends 12 ökologische Megatrends zur Seite. Dieser Anfangszeitpunkt wird als Beginn des Anthropozäns bezeichnet. Ein Zeitalter, in dem der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf das Erdsystem geworden ist. Vgl. Steffen et al., 2015

²Ekins et al., 2017

³Der globale Erdüberlastungstag bezeichnet den Tag im Jahr, an dem die Menschheit alle natürlichen Ressourcen aufgebraucht hat, die die Erde innerhalb eines Jahres wieder herstellen und damit nachhaltig zur Verfügung stellen kann. Vgl. Germanwatch, 2019.

⁴Global Footprint Network, 2021

⁵IRP, 2019

⁶Credit Suisse, 2017

ressourcenwende

Depressionen erkranken, rasant an⁷. Zudem wachsen der Niedriglohnsektor und die Ungleichheit auch in Gesellschaften des Globalen Nordens stetig⁸.

Der Fakt, dass der Erdüberlastungstag in Deutschland weit früher im Jahr erreicht wird als im globalen Durchschnitt, zeigt eindrucksvoll, dass Ressourcen im Hinblick auf Zugang, Kontrolle und Verbrauch global extrem ungerecht verteilt sind. Dies ist der Hauptgrund für die immer noch existierende große Armut an einigen Orten der Welt. Weltweit betrachtet fußt der materielle Wohlstand des Globalen Nordens auf der Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft des Globalen Südens. Gut 20 Prozent der Weltbevölkerung eignen sich aktuell ca. 80 Prozent der Weltressourcen an⁹, während gleichzeitig ca. 75 Prozent der armen Weltbevölkerung in den rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens leben¹⁰. Dabei stehen historisch gewachsene Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse, die vor allem auf den (Neo-)Kolonialismus zurückzuführen sind, einer gerechten Nutzung von Ressourcen im Weg.

Aber auch im Globalen Norden ist die Ressourceninanspruchnahme sehr ungleich verteilt und stark einkommensabhängig. Lohnabhängige, also Menschen, die häufig nicht viel mehr als ihre Arbeitskraft besitzen, die sie verkaufen können, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, verbrauchen im Schnitt deutlich weniger Ressourcen¹¹. Oft handelt es sich dabei zudem um Menschen aus Einwandererfamilien oder People of Color, die in erheblich stärkerem Maße unter den negativen Folgen der Ressourcennutzung leiden, als weiße, nicht lohnabhängige Menschen, die für den größten Teil des Ressourcenverbrauchs verantwortlich sind. Beispielsweise sind ärmere und migrantisch geprägte Bevölkerungsgruppen viel stärker von Lärm, Feinstaub oder hohem Verkehrsaufkommen betroffen, weil städtischer Wohnraum an stark befahrenen Straßen günstiger ist. Ähnlich verhält es sich bei Landnahmen und Umsiedlungen. All dies wirkt sich negativ auf die Lebensqualität und langfristig auf die Lebenserwartung aus. Dieses Problem wird mit den Begriffen Umwelt- und Klimaungerechtigkeit bzw. Umweltrassismus beschrieben, weil diese Ungerechtigkeiten durch rassistische Strukturen aufrechterhalten und verstärkt werden.

Die bestehende soziale Ungleichheit muss daher bei allen Forderungen nach einem ökologischen Ressourcenumgang bedacht werden, damit sie den Verteilungskonflikt nicht zusätzlich verschärfen und Menschen mit großem materiellen Wohlstand und Ressourcenverbrauch nicht verhältnismäßig weniger in die Pflicht nehmen. Denn effektive sozial-ökologische Politik kann nur mit einer Reduzierung von Ungleichheit und Umverteilung erfolgreich sein.

Ein aktueller Oxfam-Bericht zeigt zudem, dass die gesamte CO₂-Einsparung in der EU zwischen 1990 und 2015 den Europäer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen zuzurechnen ist. Die reichsten 10 Prozent der Europäer*innen haben ihren CO₂-Ausstoß hingegen gesteigert. Über ein Drittel dieser Emissionen ist deutschen Gutverdiener*innen zuzurechnen¹². Da der Ressourcenverbrauch ein Haupttreiber hinter den Treibhausgasemissionen ist, ist hier ein ähnlicher Trend anzunehmen.

Die Ressourcenkrise ist also im Kern eine Verteilungskrise. Um die Planetaren Grenzen zu wahren, muss der Ressourcenverbrauch drastisch reduziert werden¹³. Die zentralen Fragen sind daher: Wer muss den

⁷ Graeber, D., 2018

⁸ Easterlin, 1974 und Easterlin et al., 2010

⁹ BUND, 2014

¹⁰ BMZ, 2010

¹¹ UBA, 2016.

¹² Oxfam, 2020

¹³ Es wurden neun wechselwirkende und vom Menschen stark beeinflusste Grenzwerte identifiziert. Die Überschreitung dieser Grenzwerte gefährdet die Stabilität der Ökosysteme und so der menschlichen Lebensgrundlagen. Vier der neun Grenzen waren bereits vor mehr als zehn Jahren überschritten. Vgl. Steffen et al., 2015

ressourcenwende

Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren? Und wie können begrenzte Ressourcen gerecht verteilt werden?

1.3. Warum bisherige Ansätze gescheitert sind

Die kapitalistische Produktionsweise, die auf vielfältigen strukturellen Diskriminierungen und steigendem Wirtschaftswachstum aufbaut, zwingt Menschen des Globalen Nordens förmlich zur Fortführung des Kolonialismus in Form einer imperialen Lebensweise, indem sie physische und mentale Infrastrukturen schafft, denen Menschen sich schwer entziehen können¹⁴. Unser aktuelles Wirtschaftssystem basiert auf Wachstum und dem permanenten Zwang, Mehrwert zu produzieren. Die Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, führt außerdem zu einem wachsenden Interesse am Erhalt der Lohnarbeit. Dieses Prinzip hat zwar den materiellen Lebensstandard vieler Menschen verbessert, jedoch zugleich die oben beschriebene ungleiche Verteilung von Wohlstand geschaffen. Noch einmal zur Erinnerung: Die reichsten Teile der Weltbevölkerung gewinnen stetig an Vermögen und materiellem Wohlstand hinzu, während der Großteil der Menschen von diesem Wachstum nicht profitiert, aber kollektiv die Kosten für Ressourcenverbrauch, steigende Emissionen und Naturzerstörung bestreitet¹⁵.

Dabei ist im aktuell dominierenden Wirtschaftssystem Arbeit an Wachstums- und Gewinnorientierung und damit an Naturausbeutung und Konkurrenz gekoppelt. Diese Abhängigkeit verstärkt sich zunehmend mit der Externalisierung der Kosten der kapitalistischen Produktionsweise auf Natur und Arbeitskraft an anderen Orten, insbesondere im Globalen Süden.

Bisherige Bemühungen im Ressourcenschutz – beispielsweise das Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) oder das Kreislaufwirtschaftsgesetz - sind darauf ausgelegt, das bestehende System zu modifizieren und effizienter zu machen. Dadurch wurden jedoch auch Rebound-Effekte geschaffen: was wir an Effizienz gewonnen haben, büßen wir am Ende durch den gesteigerten Konsum neuer Produkte wieder ein. Das bestehende System wird so auf Dauer ökologisch und sozial noch schädlicher. Viele Effizienz-Maßnahmen haben, losgelöst betrachtet, positive Effekte. Sie können allerdings erst dann Probleme lösen, wenn ihnen im Zuge einer großen sozial-ökologischen Transformation Geltung verschafft wird. Genau diese gilt es anzuschieben. Wir brauchen einen Richtungswechsel und keine kleinen Kurskorrekturen.

1.4. Was sich ändern muss

Die menschliche Gesellschaft hat einen Grundbedarf an Ressourcen, um zu leben und die freie Entfaltung aller zu ermöglichen. Ein gutes Ressourcenmanagement sorgt dafür, dass der Zugriff auf und die Nutzung von Ressourcen daran ausgerichtet werden, weltweit und zukünftig globale Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle zu erreichen.

Eine gerechte Ressourcenverteilung kann also nicht bedeuten, dass die Vielverbraucher*innen im Globalen Norden so weiter machen können wie bisher. Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch muss weltweit drastisch reduziert werden – auch und besonders im Globalen Norden. Aus Gerechtigkeitsperspektive gebieten historische Verbräuche und ausbeuterische Strukturen eine noch größere Reduktion auf Seiten der bisherigen Vielverbraucher*innen.

Während Planetare Grenzen oder der Erdüberlastungstag die ökologischen Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftsweise gut verdeutlichen, werden die sozialen Folgen meist weniger

¹⁴ Brand U., Wissen M., 2017; Welzer H. 2011

¹⁵ Oxfam, 2020

ressourcenwende

betrachtet und häufig getrennt diskutiert. Der Schlüssel zur Überwindung der Ressourcenkrise ist die Adressierung der Verteilungskrise und der sozialen Ungerechtigkeit.

Wir werden diese Probleme nur lösen, wenn es in Deutschland (und der EU) ein neues Verständnis von Wohlstand und eine Neubewertung von Wirtschaftswachstum gibt. Wir müssen unsere Produktions- und Konsummuster grundlegend verändern. Statt weiter Ressourcen zu verschwenden, um etwas zu produzieren, das ausschließlich Profit, aber wenig Mehrwert für die Allgemeinheit bringt, müssen nachhaltige Wege der Bedürfnisbefriedigung etabliert werden. Stoffkreisläufe müssen verkleinert, (wo möglich) regionalisiert und geschlossen werden. Zugrundeliegende (Macht-) Strukturen müssen hinterfragt, verändert und demokratisiert werden. Damit alle Menschen haben, was sie zum Leben brauchen, müssen alle mitentscheiden können, wofür die begrenzten Ressourcen verwendet werden. Außerdem sind grundlegende Veränderungen der Institutionen nötig, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren müssen. Wir brauchen Diskussionen und Änderungen in den Bereichen Eigentum, Zugang zu Ressourcen sowie die Demokratisierung von Großkonzernen und von derzeit noch vermarktlichten, nicht vermehrbaren Ressourcen wie Boden.

Weder ein autoritärer grüner Staat noch ein grüner Kapitalismus sind der Weg, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Zwar ist die Politik vielfach die Rahmen setzende und handelnde Instanz, doch ein Wandel dieses Ausmaßes kann nur gelingen, wenn die gesamte Gesellschaft befähigt wird, diesen Wandel mitzutragen und zu gestalten.

Das erfordert eine verlässliche soziale Absicherung, ansonsten bleibt die breite Zustimmung aus. Ein erster Schritt, diese Absicherung auszuhandeln, ist die ehrliche Analyse der Folgen, die sich aus den ökologisch notwendigen Forderungen ergeben.

2. Ansatzpunkte

Im Nachfolgenden werden einzelne Ansatzpunkte angerissen, die aufzeigen, an welchen Stellen die negativen sozialen und ökologischen Folgen der Ressourcenkrise ein gemeinsames Handeln erfordern.

2.1. Umdenken: Wohlstand und die Auswirkungen eines Ressourcenbudgets

Deutschland ist eine Wohlstandsgesellschaft. Doch wie wir bereits wissen, ist der nationale Wohlstand ungleich verteilt: Die reichsten 5 Prozent besitzen über 40 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmeren 70 Prozent verfügen dagegen über weniger als 9 Prozent des Gesamtvermögens¹⁶.

Aktuell ist das Leben in unserer Wohlstandsgesellschaft nach den oben beschriebenen Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die meisten Menschen stark vom Gelderwerb geprägt, um Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und vielfältige Güter zu erwerben, zu besitzen und zu konsumieren. Ein politisches System, welches das Wachstum des BIP in den Vordergrund stellt, heizt einen Konsum an, der weit über die Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse hinausgeht. Denn in das BIP fließen nur die Verkäufe ein. Der langfristige Nutzen, den langlebige Produkte Tag für Tag bieten und der für die Lebens- und Versorgungsqualität entscheidend ist, wird hingegen ignoriert. Ein Beispiel: Wer ein Fahrrad, ein Smartphone oder auch Kleidung nicht ständig neu kaufen muss, weil sie lange halten und sich günstig reparieren lassen, trägt zwar nichts zum BIP bei, profitiert aber selbst. Um den Ressourcenverbrauch in einem ökologisch verträglichen und global gerechten Rahmen zu halten, brauchen wir eine planetare Obergrenze. Verteilt auf Länder entsprechend ihrer Einwohner*innenzahl ergibt sich ein Budget, mit dem wir haushalten, das wir effizient einsetzen und gerecht verteilen müssen. Das bringt Planungssicherheit. Diesem Lenkungs- und Orientierungspotential

¹⁶ Grabka M., Goebel J., Liebig S. 2019

ressourcenwende

messbarer und sichtbarer Budgets kommt bereits im Klimaschutz eine große Rolle zu; das Budgetkonzept war auch die fachliche Grundlage für das Urteil des BVerfG zur Klimapolitik. Hier können wir für die Ressourcenwende lernen.

Eine konstante Verbrauchsgrenze für natürliche Ressourcen in der Produktion von Gütern würde bedeuten, dass die Wirtschaft nur noch so schnell wachsen könnte, wie die Ressourcenproduktivität steigt (in der Vergangenheit ca. 2 Prozent pro Jahr)^[1]. Wird der Verbrauch reduziert, sinkt die Produktion nach der Faustregel „Produktionsvolumensreduktion = Rohstoffvolumensenkung minus Effizienzgewinne“. Eine konsequent ökologische Politik führt also zu einer „Verschlankung der physischen Ökonomie“ und als Folge voraussichtlich zu einem mehr oder weniger deutlich sinkenden BIP. Damit sinkt auch das Volumen der neu geschaffenen Werte, das zwischen Arbeit, Kapital und öffentlicher Hand aufgeteilt werden kann. Im aktuellen System und ohne Gegenmaßnahmen bedeutet das zudem den Verlust von Arbeitsplätzen.

Neben der Kohleindustrie werden noch zahlreiche andere Branchen verschwinden, deutlich schrumpfen oder ganz neu aufgestellt, wie die Automobil- und die Chemieindustrie.

Konsequent zu Ende gedacht, betrifft das fast alle Bereiche unseres Lebens. Eine ressourcenschonende Mobilität funktioniert nur mit öffentlichen und partizipativen Infrastrukturen, also einem gut ausgebauten Nah- und Fernverkehr, der für alle Teile der Gesellschaft zugänglich ist. Es bedeutet aber auch deutlich weniger Autos auf der Straße, in der Produktion, in den Werkstätten und in den Zulieferbetrieben, weniger Parkhäuser, weniger Straßenbaubetriebe, weniger Tankstellen und weniger Absatz für die Chemieindustrie.

Mit dem Wegfall ihres Hauptrohstoffes Erdöl wird die Chemieindustrie schrumpfen und umgestellt werden müssen. Eine Substitution durch nachwachsende Rohstoffe ist nicht oder nur sehr begrenzt realisierbar, da ansonsten ein massiver Verlust an biologischer Vielfalt droht und eine Gewinnung von Kohlenwasserstoffen aus atmosphärischem CO₂ und grünem Wasserstoff würde nicht vorhandene Mengen an Solarstrom erfordern.

Ein ressourcenschonender Einsatz von Biomasse bedeutet außerdem, dass sie nicht mehr in der Massentierhaltung verfüttert werden kann. Das erfordert eine massive Umstrukturierung der Landwirtschaft. Die Zurückdrängung von Kunstdünger und Pestiziden betrifft die Agrar- und Chemiebranche gleichermaßen.

Doch all diese Veränderungen werden ohne konsequentes politisches Gegensteuern die bereits bestehenden Verteilungskonflikte verstärken.

Daher müssen die Herausforderungen antizipiert, ehrlich benannt und frühzeitig angegangen werden. Dem Wegfall von Arbeitsplätzen kann beispielsweise mit Arbeitszeitverkürzung begegnet werden. Das bedeutet aber auch, dass sich die Gehälter angleichen müssen und es für niedrige Gehälter einen vollen Lohnausgleich geben muss. Dieser Umbau erfordert zugleich einen massiven Qualifizierungsschub und eine Neuausrichtung des Bildungssystems. Dafür sind massive (staatliche) Investitionen notwendig. Die Umverteilung von Vermögen wäre hierbei ein erster kurzfristiger und einmaliger Schritt, der jedoch das Problem sinkender Wertschöpfung nicht löst. Daher müssen Umverteilungsmechanismen überarbeitet und neugestaltet werden. Bisher sind die Preise auf den Ressourcenverbrauch eher degressiv gestaltet. D.h. beispielsweise, dass Lebensmittel in Großpackungen erheblich günstiger sind als in kleinen. Dieses System begünstigt Ressourcenverschwendung. Wichtig ist daher eine progressive Preisgestaltung. Mehr Verbrauch wird teurer. Wenn eine Steuerung des Ressourcenverbrauchs ausschließlich über Preisanhebungen geregelt wird, sind insbesondere ärmere Menschen benachteiligt. Denkbar wäre

^[1] Europäische Kommission, 2016

ressourcenwende

daher ein System, in dem die Grundversorgung mit Energie, Transport, Wasser, Grundnahrungsmitteln, Kultur, etc. frei ist und nur jene Güter, die zusätzlich verbraucht werden, einer starken Progression unterliegen. Ein erster Schritt wäre, alle direkten und indirekten Subventionen, die den enormen Ressourcenverbrauch sowohl in der Industrie als auch bei den Endverbraucher*innen anheizen^[2], ersatzlos zu streichen und stattdessen durch gezielte Maßnahmen sicherzustellen, dass ökonomisch benachteiligte Menschen dabei nicht das Nachsehen haben. Über eine stärkere Progression kann die Einkommenssteuer, aber auch die Erbschaftssteuer (z.B. ab 10 Mio. Euro pro Erben bis auf nahe 100 Prozent ansteigend) für eine Umverteilung des Vermögens und zur Mitfinanzierung der Transformation herangezogen werden.

Vorstellbar wäre auch, aus einer globalen Obergrenze eine verbindliche Pro-Kopf-Quote für den Eigenverbrauch von natürlichen Ressourcen zu errechnen. Über ein solches, für jede Person gleich großes persönliches Budget kann frei verfügt werden. Jede Person hat die Freiheit zu entscheiden, wofür das Budget investiert wird, sodass allen ein bewusstes Handeln und gleichzeitig die Ausbildung gesellschaftlicher Normen und Standards ermöglicht wird. Dabei muss es wirksame Mechanismen geben, die verhindern, dass sich Menschen, basierend auf vorherrschenden Macht- und Ungleichheitsverhältnissen, die Budgets anderer Menschen aneignen. Gerade aus den persönlichen Budgets und den damit verbundenen Entscheidungsspielräumen kann sich eine große Lenkungs- und Orientierungswirkung ergeben. Das Umweltbundesamt hat detaillierte Vorschläge vorgestellt, wie ein solches Ressourcenbudget stufenweise eingeführt werden könnte¹⁷.

Gegen persönliche Ressourcenbudgets spricht, dass eine nahezu gleiche Ausgangslage für alle Menschen schwer zu erreichen ist, zumindest nicht in der innerhalb der nötigen Zeitskalen. Zudem bleibt die Frage, wie ein solches System mit einem vertretbaren bürokratischen Aufwand und ohne massive Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger*innen organisiert und kontrolliert werden könnte. Unberücksichtigt bleiben in einem solchen System auch individuelle historische Verbräuche.

2.2. Suffizienzpolitik: Die bedarfsseitige Betrachtung

Eine solche Perspektive dreht die Vorstellung der grenzenlosen menschlichen Bedürfnisse in einer Welt knapper Mittel auf den Kopf: Die Grundbedürfnisse sind begrenzt, aber die Möglichkeiten ihrer Befriedigung grenzenlos. Folglich kann es auch andere Wege geben, dieses Bedürfnis zu verwirklichen. Statt zu konsumieren können wir beispielsweise Zuneigung schenken oder einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen. Es ist vor allem eine kulturelle und soziale Frage, welche dieser Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Frage „Was brauchen wir wirklich?“ ist deshalb hochpolitisch und keine rein individuelle: Wir müssen kollektiv entscheiden, welche Bedürfnisse wir für die wichtigsten halten. Wir müssen dann unsere Produktions- und Lebensweise so gestalten, dass sie allen ermöglicht, diese Bedürfnisse mit einem möglichst geringen Ressourcenverbrauch zu verwirklichen, so dass sie nicht auf Kosten unserer Mitwelt gehen

Letztlich wird eine Ressourcenpolitik nötig sein, die in vielen Bereichen – auch angesichts des knappen Zeitfensters – unter Unsicherheit agieren muss. Wo es geht, können Obergrenzen verbindliche Zielwerte formulieren. Wo es nicht geht, sollte das Prinzip der Suffizienz im Sinne eines „so wenig wie möglich, so viel wie nötig“ gelten. Die Schwierigkeit besteht zunächst darin zu ermitteln, was nötig ist. Zu klären ist, welche grundsätzlichen Bedürfnisse der einzelne Mensch und die Gesellschaft haben.

^[2]In Deutschland werden aktuell 37 Mrd. Euro pro Jahr an direkten oder indirekten Subventionen beispielsweise in energieintensive Industrien gezahlt. Vgl. Umweltbundesamt, 2019

¹⁷Umweltbundesamt, 2019

ressourcenwende

Erste Ansätze bieten beispielsweise die neun Bedürfnisfelder nach Manfred Max Neef. Dieser nennt als Grundbedürfnisse: materiellen Lebensgrundlage, Schutz und Sicherheit, Zuneigung und Zuwendung, Verständnis, Teilhabe, Muße, Kreativität, Identität, Autonomie und Transzendenz. Diese Bedürfnisse (needs) sind bei allen Menschen ähnlich und endlich, während es unendliche Möglichkeiten gibt, diese Bedürfnisse zu befriedigen (satisfier). Bedürfnisse sind damit nicht grenzenlos und werden durch eine suffiziente Lebensweise nicht in sich eingeschränkt, limitiert wird lediglich die unendliche Auswahl an satisfiern¹⁸. Im Kern geht es dabei um die Definition von grundlegenden menschlichen Bedürfnissen. Neben Bedürfnissen, die zur bloßen Existenzsicherung befriedigt werden, sind dies auch solche, die zu einem guten, wohlständischen Leben ohne Übermaß beitragen bzw. gehören. Aus den echten resp. grundlegenden Bedürfnissen können dann die zu betrachtenden Bedürfnisfelder abgeleitet werden.

In einem nächsten Schritt gilt es, die Wege zu betrachten, wie die Bedürfnisse befriedigt werden, welcher Ressourcenverbrauch damit zusammenhängt und wie sichergestellt werden kann, dass einerseits alle Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können und andererseits möglichst wenig Ressourcen verbraucht werden. Dabei muss aus sozial-ökologischer Perspektive hinterfragt werden, ob viele der Bedürfnisse nicht durch private oder gesellschaftliche Prozesse besser abgedeckt werden können, als über käufliche Produkte.

Zahlreiche aktuelle Ansätze für Suffizienz und Suffizienzpolitik¹⁹ zeigen, welche Potenziale für Zugewinne, Freiheit und ein gutes Leben damit verbunden sind. Aktuell wird es Menschen erschwert, suffizient und damit ressourcenleicht zu leben. In Städten fehlen Fahrradwege, auf dem Land gibt es kaum noch öffentlichen Nahverkehr, Flugreisen sind oft günstiger als Zugreisen, Reparieren und Selbermachen wird erschwert, statt Produktlanglebigkeit werden immer neue Kaufanreize gesetzt. Eine suffiziente Ressourcenpolitik muss dafür sorgen, dass es den Menschen, die nachhaltig leben wollen, leichter gemacht wird. Durch eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs und die Entkopplung von Wohlbefinden und ressourcenintensivem Konsum schafft Suffizienz einen Rahmen für verschiedenste Lebensentwürfe und sichert die Freiheit aller Menschen.

2.3. Demokratisierung und Vergesellschaftung

Unternehmen wirtschaften vorrangig gewinnorientiert. Das heißt auch, dass Produkte, die keinen Gewinn versprechen, nicht produziert werden, auch wenn sie sie dem Gemeinwohl nutzen würden. Zur Befriedigung von vielen Bedürfnissen, wie Hunger, ist Geld erforderlich, mit dem Lebensmittel oder andere Güter und Dienstleistungen gekauft werden können. Wer über geringe finanzielle Mittel verfügt, ist gezwungen, seine Bedürfnisse mit möglichst günstigen Produkten zu befriedigen. Diese sind vielfach weder gut für die Verbraucher*innen noch für die Welt: pestizidbelastetes Gemüse anstatt Bioessen, giftige Kleidung anstelle sauberer Baumwolle; rußende Kohle statt Solarenergie.

Anders wäre es, wenn bestimmte Produkte einfach hergestellt und verteilt und Dienstleistungen angeboten würden, weil wir sie für die Befriedigung von einigen grundlegenden Bedürfnissen benötigen (Vgl. 2.3)²⁰. Wollen wir eine suffiziente Ressourcenpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, müssten die kapitalistischen Prinzipien durch das Prinzip des Gemeinwohls ersetzt werden. Anstelle einer rein profitorientierten Fertigung müsste eine kooperative Produktion geschaffen werden. Diese könnte und müsste den Bedürfnissen aller Rechnung tragen, insbesondere denen der ökonomisch und sozial Benachteiligten. Um dies zu gewährleisten und einen gemeinsamen Fahrplan für die Zukunft zu entwickeln, braucht es eine möglichst große, aber praktikable Mitbestimmung aller. Dabei ist ein

¹⁸ Max-Neef M., Elizalde A., Hopenhayn M., 1991

¹⁹ Vgl. bei: Sachs, W. 2015; Zahrnt 2016; Folkers M., Paech N. 2020; Hickel J.; Kallis G. 2019

ressourcenwende

sensibler Umgang mit Ausgrenzungsmechanismen, wie z.B. Rassismus oder Sexismus, nötig. Mitbestimmung führt in der Regel zu einer Aktivierung der Menschen und einer Identifizierung mit der Gesellschaft, den Produkten und dem Prozess. Sie kann beispielsweise in Genossenschaften, Kollektiven, Räten, kommunaler Verwaltung etc. umgesetzt werden. Zwar lässt sich dabei nicht quantifizieren, wie ressourcenschonend gewirtschaftet wird, doch bieten all diese Modelle den Vorteil, die Produktion an den Bedürfnissen auszurichten. In Verbindung mit ambitionierten Verbrauchsgrenzen könnte diese Praxis künftig erheblich zum Ressourcenschutz beitragen.

Wichtig ist dabei eine Diskussion des Grundprinzips der dezentralen Produktion:

Zwar zwingt das Vorkommen verschiedener Ressourcen weiterhin zu einer globalen und regionalen Arbeitsteilung, jedoch sollte diese globale Auslagerung und Konzentration auf ein Minimum reduziert werden. Produkte und Lebensmittel müssen vorrangig in der näheren Umgebung ihres Konsums erzeugt werden, um Ressourcen zu sparen. Eine wichtige Frage lautet daher: Wie schaffen wir es als Gesellschaft, demokratisch auszuloten, was alle zum Leben brauchen, oder ist die (ökologische) Ressourcenverbrauchsgrenze der eigentlich limitierende Faktor?

In unserer derzeitigen Gesellschaftsstruktur trennt das Eigentum Menschen mit ihren Bedürfnissen von den Gütern, auf die sie angewiesen sind, aber auch von den Mitteln, um diese Güter zu produzieren. Ein Weg dies zu ändern, wäre eine Vergesellschaftung und damit eine Demokratisierung der Produktion²¹. Damit würden die Produktion und die Produkte zu Gemeingut anstatt zur Ware. Nur wenn die Produktion ein Gemeingut ist, kann sie unter demokratischer Gestaltungsmacht fallen und der Bedürfnisbefriedigung und gleichermaßen dem Ressourcenschutz Rechnung tragen. In einem konsequent sozial gerecht gestalteten Ressourcenschutz muss es also auch um die Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse gehen.

2.4. Ökologische Klassenpolitik als Ausweg aus der Krise

Die einfache Dichotomie von Unterdrücker – Unterdrückter, Ausbeuter – Ausgebeuteter, Bourgeoisie – Proletariat, Kapital – Arbeit funktioniert heute nicht mehr. Die Klassen sind wesentlich fragmentierter und heterogener als vor 250 Jahren. Dennoch besteht von jeher ein Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, da das Kapital die Arbeit ausbeutet und deren Existenzgrundlage angreift (bspw. über Umweltzerstörung, Überarbeitung, tödliche Arbeitsunfälle). Die Arbeit hingegen will sich stetig selbst erhalten und den Lebensprozess verschönern. Kapitalinteressen sind somit ungleich der Interessen der Ausgebeuteten und Lohnabhängigen.

Die Fragmentierung der Klasse führt auch dazu, dass wir nicht alle gleichermaßen von negativen Auswirkungen der Ressourcennutzung betroffen sind. Vielmehr wirken andere Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmechanismen, wie Rassismus oder Sexismus, miteinander und verstärken über die Wechselwirkung mit der Klassenlage die Benachteiligungen (Intersektionalität). Eine Transfrau of Color, die als Näherin in einem Land des Globalen Südens arbeitet, wird vermutlich andere Schikanen am Arbeitsplatz erleben als ihr homosexueller weißer Kollege in Europa. Da die Frage nach sozialer Gerechtigkeit letztlich auch die Frage der Gleichberechtigung ist, ist Sensibilität für solche Diskriminierungsmechanismen und -strukturen unabdingbar.

Dennoch hat der Klassenbegriff den Vorteil, dass er soziale Konflikte auf die Konkurrenz um Ressourcen und politische Teilhabe zurückführt und eine exploitative und nicht auf Gemeinwohl orientierte

²¹Vgl. GG Art. 15: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung (...) in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden“.

ressourcenwende

Wirtschaftsweise, von der nur ein Bruchteil der Gesellschaft tatsächlich profitiert, als Ursache identifiziert.

Eine ökologische Klassenpolitik kann daher dazu führen, im Streben nach Verteilungsgerechtigkeit die auf den ersten Blick so unterschiedlichen Interessen der Menschen zu verbinden. Klassenpolitik beschränkt sich dabei nicht nur auf die Arbeitssphäre. Kämpfe für kürzere Arbeitszeiten, Sozialversicherungen, Lohnsteigerungen und bessere Arbeitsbedingungen sind nur einzelne Facetten einer vielfältigen Klassenpolitik. Auch Kämpfe im Bereich der Reproduktion, bspw. im Bildungssektor, im Care-Bereich oder um günstige, nachhaltige und gesunde Lebensmittel, die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum, um öffentliche Infrastrukturen und deren Bereitstellung durch Staat oder Kapital – all das sind Aspekte von Klassenpolitik, da sie unmittelbar zur Verbesserung der Lebenssituation beitragen. Allerdings nur, wenn die Kosten dafür nicht in Form von Steuern oder allgemeinen Abgaben auf die ganze Gesellschaft abgewälzt, sondern explizit von Unternehmen, Grundeigentümer*innen und den Begünstigten von Zinserträgen getragen werden. So wird mit der Forderung nach einem gleichberechtigten Zugang aller zu guten und nachhaltigen Lebensmitteln und einer grünen Infrastruktur, die durch die Minderung der Profitinteressen oder des realen Profits bezahlbar oder sogar kostenlos für alle sein soll, aus einer Ressourcenpolitik zugleich Klassen- und Sozialpolitik.

Gegen eine dezidierte ökologische Klassenpolitik spricht die starke ideologische Aufladung der Begriffe und Konzepte, die in weiten Teilen der Gesellschaft stark negativ konnotiert sind. Diese Ressentiments könnten von der eigentlichen Problemanalyse ablenken und verhindern, dass eine breite, für einen so fundamentalen Wandel unverzichtbare Zustimmung zustande kommt. Auch kann argumentiert werden, dass der Klassenbegriff nicht mehr zeitgemäß ist, da die Gesellschaft viel fragmentierter ist. Allerdings ist der historisch gewachsene Begriff Klasse auch eindeutig politisch. Er greift reale Herrschaftsverhältnisse auf, die es zu überwinden gilt. Das ist ohne konkrete Adressierung und die Kritik von Herrschaftsmechanismen nicht möglich.

3. Positivbeispiele

Im folgenden Kapitel werden einige Positivbeispiele genannt. Diese gelebten Utopien greifen die oben skizzierten Ansätze auf und bieten Potentiale für eine nachhaltige und gerechte Ressourcennutzung.

3.1. Gemeinwohlorientierung: Commons, Kooperativen und solidarische Produktionsmodelle

Es gibt viele erfolgreiche Beispiele, denen sowohl Solidarität wie auch Bedürfnisorientierung als Leitbild für die Herstellung, Verteilung und Nutzung von Gütern zugrunde liegen. Im Agrar- und Lebensmittelbereich beziehen Ansätze wie Permakultur nicht nur die Art des Anbaus, sondern eine gerechte Verteilung, Suffizienz und Sorgelogiken schon von Beginn an ein. Etwa 180 Solidarische Landwirtschaften stellen in Deutschland Lebensmittel agrarökologisch, gemeinsam und gerecht her. Indem sie die Verantwortung und den Ertrag teilen, organische Düngemittel benutzen und eigenes Saatgut produzieren, sind sie dezentral und unabhängig von Chemiekonzernen und Lebensmittelindustrie. Weltweit gelingt es vielen Menschen in FoodCoops, den Zwischen- und Einzelhandel demokratisch, solidarisch und bedürfnisorientiert zu umgehen und gesunde Nahrungsmittel zu kostengünstigeren Preisen zu verteilen. Auch Cecosesola²², ein Verbund von Genossenschaften in Venezuela, der hierarchiearm und solidarisch Lebensmittel anbaut und vertreibt und sich außerdem um Gesundheitsversorgung und Bestattung kümmert, ist ein Beispiel für ein großes und funktionierendes alternatives Modell.

²² Constryendo Confianza en la diversidad, 2021

ressourcenwende

Im Bedarfsfeld Wohnen ist in Deutschland das Miethäusersyndikat (MHS) wohl das bekannteste und größte Beispiel²³. Die Grundidee ist der gemeinschaftliche Besitz, Verwaltung und Nutzung der Häuser durch diejenigen, die darin wohnen. Über ein ausgeklügeltes System aus Vereinen und GmbHs gelingt es dem MHS, eine Struktur zu schaffen, mit deren Hilfe Wohnraum in kollektives Eigentum überführt wird, bedarfsgerechte, statt profitorientierte Mieten gezahlt werden können und ein Wohngebäude dauerhaft dem Immobilienmarkt entzogen wird. Initiativen wie „Rotes Berlin“ oder „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“²⁴ setzen sich dafür ein, dass Wohnraum nicht länger eine marktförmige Ware ist, mit der profitgetrieben spekuliert wird, sondern der Gesellschaft als solidarisch verwaltetes Gemeingut zur Verfügung steht.

Auch Gebrauchsgüter können geteilt, getauscht und gemeinsam genutzt werden. Wenn der Bedarf und die Nutzung in den Vordergrund gestellt und deren Besitz kollektiviert würden, bräuchten wir deutlich weniger Güter, und es wäre trotzdem genug für alle da. Wenn es nicht mehr darum ginge, möglichst viele Produkte zu verkaufen, läge der Fokus automatisch auf der Sorge um eine lange Lebensdauer der Gebrauchsgüter. Hier setzen Initiativen wie www.fairleihen.de, www.pumpipumpe.ch oder www.ifixit.de genauso wie selbstorganisierte Leih- und Reparaturinitiativen an. Es gilt, solche Modelle strukturell auszubauen und aus der systemischen Nische zu holen. Gerade im Bereich Mobilität ergeben sich hier viele weitere Chancen.

In Thessaloniki/Griechenland verwalten Arbeiter*innen die von ihnen besetzte Fabrik Vio.Me seit 2011 selbst. Sie haben sich die Maschinen und Fabrik angeeignet und geschützt. Die Produktion wird direkt-demokratisch in der Vollversammlung aller Arbeiter*innen geplant. Die Arbeiter*innen beschließen so, die Produktion nachhaltig und umweltverträglich zu gestalten²⁵ und produzieren seitdem biologisch abbaubare Reinigungsmittel auf Olivenölbasis. Die Akteurinnen und Akteure vor Ort bestätigen einhellig, dass die Kooperation der essentielle Faktor ist²⁶. Produktion und Vertrieb reichen aus, um allen Arbeiter*innen und ihren Familien ein Einkommen zu verschaffen.

Hierzulande ist das Premium-Kollektiv – ein Anbieter von Getränken in fairer Bioqualität - ein weiteres Stück gelebte Utopie. Bei Premium gibt es keine festen Arbeitspositionen und keine Hierarchien, verbindliche Vereinbarungen, aber keine Verträge, keine Werbung, einen Einheitslohn und freie Wahl von Arbeitszeit, -umfang und -ort. Das Kollektiv ist konsensdemokratisch geführt und bietet allen Endkund*innen sowie gewerblichen Partner*innen ein Mitspracherecht an. Die Zusammenarbeit aller Kollektivist*innen läuft in erster Linie über „das Board“ - einen Chatraum mit Abstimmungstool. Kollektivist*innen berichten von klügeren und sozialeren Entscheidungen durch die Konsensdemokratie und betonen: Die Entscheidungsprozesse sind nur anfangs langwieriger, mittelfristig werden sie effizienter, weil alle die Entscheidungen stützen und nicht so schnell wieder in Frage stellen²⁷.

Diese und viele weitere Beispiele beruhen auf dem Prinzip der Commons. „Commons sind materielle und soziale Güter, Dienstleistungen und Ressourcen, die Menschen zum Leben brauchen und die

²³ Miethäuser Syndikat, 2021

²⁴ Die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ setzt auf vier Bausteine: sozialistische Stadtpolitik, Organisierung mit den Betroffenen, echte politische Hebel und Forderungen sowie eine partizipative Kampagne. Als Instrument der Enteignung zielt die Kampagne auf einen Volksentscheid ab, durch den die Bestände der „Deutschen Wohnen“ in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden sollen. Diese Anstalt(en) sollen durch die Mieter*innen – also diejenigen, die die Bedarfe und Probleme der Häuser am besten kennen - mitverwaltet werden, sodass sie wirklich demokratisch und kontrollierbar gestaltet sind.

²⁵ Labournet.de Germany, 2013

²⁶ WIR werden! Die besetzte Fabrik Vio.Me. in Thessaloniki, 2014

²⁷ <https://premium-kollektiv.de/>; <https://www.degrowth.info/de/2016/11/premium-und-das-revolutionaer-utopische-firmenkonzept/>

ressourcenwende

gemeinschaftlich erzeugt, erhalten und genutzt werden. Dieser Prozess nennt sich Commoning (Gemeinschaffen). Commons gehören nicht einem Menschen als Privateigentum, sondern stehen allen Menschen gleichberechtigt zur Verfügung²⁸. Verknüpft mit einer ambitionierten Obergrenze des Ressourcenverbrauchs bieten Commons die Chance, eine ressourcenschonende und zukunftsfähige Wirtschaft zu schaffen, welche eine Verteilungsgerechtigkeit ermöglicht und nicht soziale Krisen weiter verschärft.

3.2. Doughnut Economics Action Lab (DEAL): Gerechtes Wirtschaften zum Leben erwecken

Wie schonender, nachhaltiger Umgang mit Ressourcen und die Sicherung der Grundbedürfnisse der Menschen miteinander in Einklang gebracht werden können, hat Kate Raworth in ihrem Ansatz der „Donut-Ökonomie“ gezeigt²⁹. Der äußere Kreis des Donuts markiert die planetaren Grenzen – Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Bodenerosion - die wir nicht überschreiten dürfen (Überschießen). Der innere Kreis steht für das soziale Fundament: Zugang zu Nahrung und Wasser, politische Teilhabe, ein Dach über dem Kopf. Hier darf es nicht zu wenig geben (Mangel). Innerhalb der beiden Kreise liegt unser menschlicher Handlungs- und Entscheidungsspielraum, wenn wir die Risiken und Auswirkungen, die eine jeweilige Grenzüberschreitung mit sich bringen und die weltweit zum Teil bereits nachdrücklich zu beobachten sind, zukünftig verringern und vermeiden wollen. Bereits heute wird das Modell der Donut-Ökonomie herangezogen, um z.B. nationale, kommunale oder zum Teil auch einzelunternehmerische Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.

²⁸ ILA Kollektiv, 2019

²⁹ Raworth K., 2018

ressourcenwende

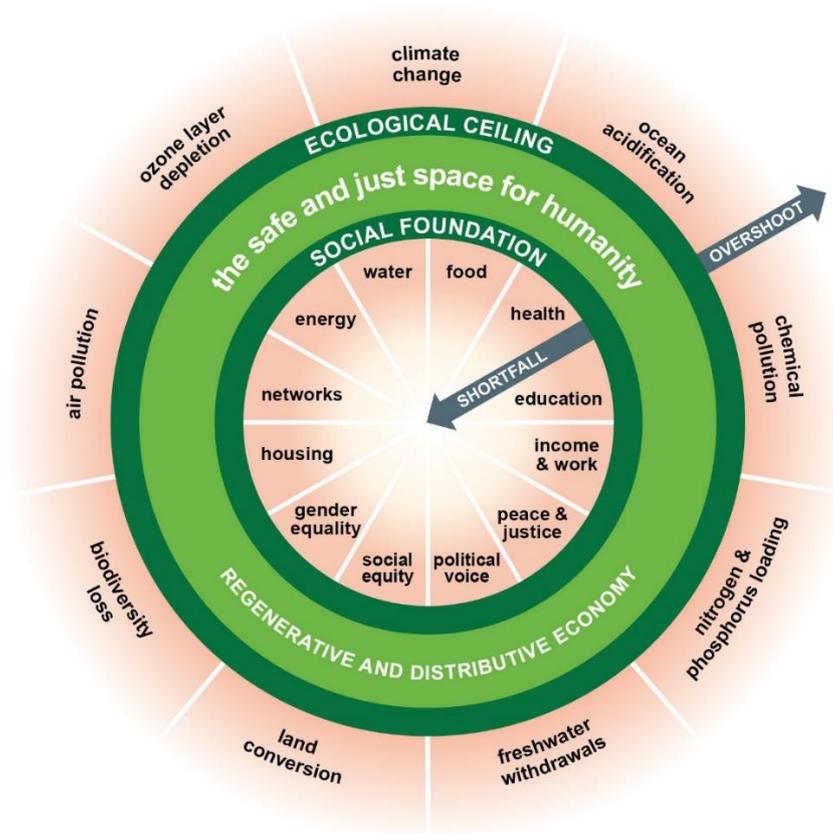


Abbildung 1: Environmental doughnut infographic; Wikipedia.org; DoughnutEconomics

Wie sich die Donut-Ökonomie praktisch umsetzen lässt und welchen Facettenreichtum die neue Perspektive birgt, lässt sich seit September 2020 auf der DEAL Community Plattform erleben. Staaten, Städte, Gemeinschaften und Teams können in diesem digitalen Forum ihre Projekte und Prozesse rund um die Anwendung der Donut-Systematik vorstellen. Anhand der unterschiedlichsten Sachverhalte und Größenordnungen, in denen dieser Ansatz Anwendung findet, wird ihre Praxistauglichkeit belegt. Die Beispiele fungieren damit als Vorbilder und dienen als wertvolle Argumentationshilfe bei eigenen Anliegen. Exemplarische Erfolgsstrategien belegen u.a. die Auswertung des eigenen Impacts gemessen am Donut bei der Sportswear-Marke Houdini³⁰ oder die Sicherstellung diverser sozialer Standards und maximaler lokaler Wertschöpfung bei der Entwicklung einer veganen Schokolade in Madagaskar³¹ sowie Experimente der EU-Kommission³².

3.3. Mehrweg: Ressourcen schonen und sozial ausrichten

Mehrwegsysteme erhöhen die Nutzungsumläufe eines Objektes und verlängern seine Lebensdauer, reduzieren damit den Ressourcenverbrauch und tragen zur Müllvermeidung bei. Die einzelnen Systeme und ihre ökologischen, sozialen und ressourcentechnischen Vor- und Nachteile unterscheiden sich stark.

³⁰ Doughnut Economics Action Lab, 2021

³¹ Doughnut Economics Action Lab, 2021

³² Doughnut Economics Action Lab, 2021

ressourcenwende

Bei der chilenischen Firma Algramo beispielsweise ist der Mehrwegansatz nicht treibender Aspekt des Geschäftsmodells, sondern eine vorteilhafte Ergänzung. Das Unternehmen kauft Grundnahrungsmittel in großen Mengen ein und vertreibt diese ohne zwischengeschaltete Logistik und Verpackungsaufwand an stationären oder mobilen Abfüllautomaten. Dort können Verbraucher*innen bepfandete firmeneigene Mehrwegbecher mit der individuell benötigten Menge befüllen. Gutschriften auf Folgeeinkäufe bei Wiederverwendung des Bechers und ähnliche Anreize ergänzen das System. Die Zielgruppe sind ärmere Bevölkerungsteile, die von den Rabatten auf Großpackungen nicht profitieren können und bisher auf den Kauf teurer Kleinpackungen angewiesen waren.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgen hierzulande die vielen gut funktionierenden Unverpacktläden, in denen auf nahezu alle (Einweg-)Verpackungen verzichtet wird. Ein entscheidender Schritt in Richtung Ressourcenschonung wäre der Aufbau eines demokratisch kontrollierten Mehrwegsystems. Getränke, Aufstriche, Wein und alle anderen Waren könnten in großen, europaweit standardisierten Mehrweggebinden an regionale Abfüllstationen geliefert und dort in ebenfalls genormte Mehrwegverpackungen aller Größen abgefüllt werden. Durch verbindliche Normen und Standards wäre es möglich, sämtliche Verpackungen in regionalen Kreisläufen zu halten und die bislang üblichen langen Transportwege zu vermeiden. Das würde gleichzeitig regionale resiliente Kreisläufe und Arbeitsplätze schaffen und unserer hoch vernetzten, überregionalen Art zu leben und zu arbeiten gerecht werden. Eine Vision für alle unvermeidbaren Verpackungen könnte sein, dass diese nach einer erfolgreich gelungenen sozial-ökologischen Transformation als Allmende oder Commons angesehen und entsprechend gemanagt werden.

4. Fazit

Wir müssen den Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren. Um diesen Imperativ kommen wir nicht herum, wenn wir die Welt auch für künftige Generationen als nutz- und lebbar erhalten wollen. Der Erdüberlastungstag zeigt: Wir leben für ein Drittel des Jahres auf Pump. Doch dieses Wir bedeutet nicht, dass alle Menschen auf der Welt einen gleichen Anteil daran haben. Sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene sind Einkommens- und Lebensniveaus und somit der Ressourcenverbrauch extrem ungleich.

Die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs ist gleichbedeutend mit einer Transformation in einem riesigen Ausmaß. Wenn Menschen dabei nicht mitgenommen werden, nicht mitentscheiden können, wird diese Transformation entweder nicht gelingen oder nur mit autoritären Mitteln durchgesetzt werden können. Über praktische Beispiele und vielfältige Kommunikationsformen sowie internationale Kooperationen und die Zusammenarbeit mit Sozialverbänden müssen wir diskutieren, wie wir leben wollen. Dieses Wir muss inklusiv sein, d.h. nicht zuletzt sensibel gegenüber Unterdrückungsmechanismen. Um ein solidarisches Verständnis für alle zu entwickeln, ist ein Perspektivwechsel notwendig. Dieses Wir muss aber auch klar benennen, dass ein Großteil der gegenwärtig auf der Erde lebenden Menschen nicht von unserer derzeitig vorherrschenden Wirtschaftsweise profitiert, sondern von dieser in mehrfacher Hinsicht in Abhängigkeit gehalten wird. Es braucht einen demokratischen Diskurs darüber, welche Bedürfnisse eine Gesellschaft hat und wie diese befriedigt werden können. Dieser Diskurs muss die Hegemonie von Wachstumsnarrativen und Profitmaximierung ablösen. Wirtschaft muss dem Gemeinwohl dienen und das heißt klar, allen Menschen ein gleich gutes Leben ermöglichen. Die öffentliche Absicherung der sozialen Grundversorgung, also der Zugang zu Nahrung, Wohnraum, Wasser und auch Mobilität, ist dafür essentiell. Diskussionen um die Demokratisierung der Produktion, Debatten über Eigentum und die Frage danach, wie viel ein Mensch an Ressourcen verbrauchen darf, können unserer Meinung nach

ressourcenwende

nicht mehr ausgeblendet werden, sondern müssen Teil von allen Bestrebungen für mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie sozialer Nachhaltigkeit sein. Nur so haben wir die Chance, soziale Ungerechtigkeiten auszuhebeln und die sozial-ökologische Transformation anzugehen.

Literaturverzeichnis

- BMZ (2010): Entwicklungsfaktor extraktive Rohstoffe - Ein Positionspapier des BMZ. BMZ Spezial 166.
- Brand U.; Wissen M. (2017): Die imperiale Lebensweise, oekom Verlag, München (2017)
- BUND (2014): Ressourcen schützen und respektvoll nutzen! Land – Wasser - Materialien- Atomsphäre,
https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/ressourcen_und_tech_nik/ressourcen_schuetzen_respektvoll_nutzen.pdf
- Construyendo Confianza en la diversidad (2021): <https://cecosesola.org>
- Credit Suisse (2017): Global Wealth Report 2017, S. 21, <https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/publications/global-wealth-report-2017-en.pdf>
- Doughnut Economics Action Lab (2021): Business reporting meets the Doughnut
<https://doughnuteconomics.org/stories/10>
- Doughnut Economics Action Lab (2021): Vegan Cashew Milc Chocolate in Madagascar
<https://doughnuteconomics.org/stories/40>
- Doughnut Economics Action Lab (2021): EU Commission experiments with the Doughnut
<https://doughnuteconomics.org/stories/29>
- Global Footprint Network (2021): Database <https://data.footprintnetwork.org/#/>
- Grabka, M., Halbmeier, C. (2019): Vermögensungleichheit bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch, DIW Wochenbericht Nr. 40/2019, S. 735-745
- Graeber, D. (2018): Bullshit-Jobs, Vom wahren Sinn der Arbeit, Klett-Cotta (2018)
- Easterlin, R. A., McVey, L. A., Switek, M., Sawangfa, O., Zweig, J. S (2010): The happiness-income paradox revisited. PNAS, 107:52, 22463-22468.
- Easterlin, R.A. (1972): Does Economic Growth Improve Human Lot? Some Empirical Evidence. In David, D. and M. Reder (eds) (1972) Nations and Households in Economic Growth. Stanford: Stanford University Press.
- Ekins, P., Hughes N. (et al.) (2017). Resource Efficiency: Potential and Economic Implications. A report of the International Resource Panel. Paris: UNEP IRP
- Europäische Kommission (2016): Umweltgesamtrechnungen - Ressourcenproduktivität in der EU stieg 2015 um 35% gegenüber 2000 - Anhaltendes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Rückgang des Materialverbrauchs.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STAT_16_2442
- Folkers M., Paech N. (2020): All you need is less, Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht, oekom Verlag, München (2020)
- Hickel J.; Kallis G. (2019): Is Green Growth Possible?, New Political Economy, , DOI: 10.1080/13563467.2019.1598964

- ILA Kollektiv (2019): Das Gute Leben für alle, oekom Verlag, München (2019)
<https://dasgutelebenfueralle.de/>
- IRP (2019): Global Resources Outlook 2019: Natural Resources for the Future We Want. Oberle, B., Bringezu, S., Hatfeld-Dodds, S., Hellweg, S., Schandl, H., Clement, J., and Cabernard, L., Che, N., Chen, D., Droz-Georget, H., Ekins, P., Fischer Kowalski, M., Flörke, M., Frank, S., Froemelt, A., Geschke, A., Haupt, M., Havlik, P., Hübner, R., Lenzen, M., Lieber, M., Liu, B., Lu, Y., Lutter, S., Mehr, J., Miatto, A., Newth, D., Oberschelp, C., Obersteiner, M., Pfster, S., Piccoli, E., Schaldach, R., Schüngel, J., Sonderegger, T., Sudheshwar, A., Tanikawa, H., van der Voet, E., Walker, C., West, J., Wang, Z., Zhu, B.: A Report of the International Resource Panel. United Nations Environment Programme. Nairobi, Kenya.
- Kusch, J. (2017): Hintergrund zum Erdüberlastungstag 2017. Germanwatch, Presseinformation.
<https://germanwatch.org/sites/default/files/publication/19059.pdf>
- Labournet.de Germany (2013): Besetzte Fabrik in Griechenland beginnt mit der Produktion unter Arbeiterkontrolle Besetzen. Widerstand leisten. Produzieren!
https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/02/viome_dt.pdf
- Max-Neef M., Elizalde A., Hopenhayn M. (1991): Human scale development: conception, application and further reflections, The Apex Press (New York), 1991
- Meyer-Ohlendorf N., VoB P., Velten E., Görlach B. (2018): EU Greenhouse Gas Emission Budget: Implications for EU Climate Policies (online). Available at:
https://www.ecologic.eu/sites/files/publication/2018/2120_eu_emission_budgets_ecologic_report20180124_final.pdf. [Zuletzt aufgerufen am 01.04.2021]
- Mietshäuser Syndikat (2021): <https://www.syndikat.org/de/>
- Otten, J., Michelsen, L. (2019): FAQ zum globalen und deutschen Erdüberlastungstag. Germanwatch, Hintergrundpapier.
https://www.germanwatch.org/sites/default/files/FAQ_Erd%C3%BCberlastungstag_2019_1.pdf
- Oxfam (2020): Confronting Carbon Inequality in the European Union - Why the European Green Deal must tackle inequality while cutting emissions. Oxfam Media Briefing, 8 December 2020. https://www.oxfam.de/system/files/documents/media_brief_-_english_-_confronting_carbon_inequality_in_the_eu_-_embargoed_00_01_cet_8_december.pdf
- Raworth K. (2018): Doughnut Economics, Seven Ways to Think Like 21st Century Economist, Cornerstone (2018) <https://www.kateraworth.com/doughnut/>
- Rockström J, Steffen W, Noone K et al. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. Ecology and Society 14: 32. [online] URL:
<http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>
- Sachs, W. (2015): Suffizienz. Umriss einer Ökonomie des Genug, wwf UmweltWirtschaftsForum, 2015, Jg. 23, Nr. 1-2, S. 3-9.
- Steffen, W., Broadgate, W., Deutsch, L., Gaffney, O., Ludwig, C. (2015): The trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. The Anthropocene Review 2 (1), S. 81-98
<https://doi.org/10.1177/2053019614564785>
- Umweltbundesamt (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen).
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/repraesentative-erhebung-von-pro-kopf-verbraeuchen>.

ressourcenwende

Umweltbundesamt (2017): Leitbilder einer Ressourcenleichten Gesellschaft. Band 3 des Projekts Erfolgsbedingungen für Systemsprünge und Leitbilder einer ressourcenleichten Gesellschaft. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_3713_17_103_erfolgsbedingungen_systemspruenge_3_bf.pdf

Umweltbundesamt (2019): Umweltschädliche Subventionen, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen#direkte-und-indirekte-subventionen>

Welzer H. (2011): Mentale Infrastrukturen Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Heinrich Böll Stiftung, Schriften zur Ökologie Band 14

WIR werden! Die besetzte Fabrik Vio.Me. in Thessaloniki (2014): <https://vimeo.com/89081646>

<https://premium-kollektiv.de/>; <https://www.degrowth.info/de/2016/11/premium-und-das-revolutionaer-utopische-firmenkonzept/>

Zahrnt (2016): Landkarte Suffizienzpolitik, <https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/wohin-des-weges/>